

## **Antrag**

**der Abgeordneten Thilo Hoppe, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik durch eine intensive Umwelt- und Klimakooperation beleben**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beziehungen Deutschlands und der EU mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (LAK) zu einer strategischen Partnerschaft des Klima- und Umweltschutzes auszubauen und finanziell zu unterlegen;
2. die Tropenwäldländer unter den LAK-Staaten beim effizienten Schutz der Tropenwälder zu unterstützen, die finanziellen Mittel hierfür kurzfristig aufzustocken, wie dies Norwegen getan hat, und so einen erheblichen Beitrag zum Schutz von Klima und Biodiversität zu leisten;
3. bilateral und innerhalb der EU die energiepolitische Kooperation mit den LAK-Staaten durch gezielte Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz auszubauen;
4. die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu ersetzen;
5. mit Brasilien und anderen LAK-Ländern Pilotzertifizierungsabkommen für nachhaltige Produktion und Handel von Biokraftstoffen zu entwickeln;
6. die Bemühungen der LAK-Staaten zur Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit im Rahmen einer kohärenten und sich gegenseitig ergänzenden Außen-, Entwicklungs-, Umwelt- und Handelspolitik konsequent zu unterstützen;
7. sich dafür einsetzen, dass der Vorschlag Ecuadors zum Verzicht auf die Förderung der Ölvorkommen im ITT-Gebiet im Yasuní-Nationalpark im Falle internationaler Kompensationszahlungen auf die Tagesordnung des EU-LAK-Gipfels gesetzt und der Vorschlag als Handlungsoption für andere öl- und gasreiche Staaten diskutiert wird;
8. auf dem EU-LAK-Gipfel die sozialen und ökologischen Probleme zu thematisieren, die bei Projekten im extraktiven Sektor in den LAK-Staaten bestehen und sich innerhalb der EU und der internationalen Finanzinstitutionen verstärkt dafür einzusetzen, dass bei der Beteiligung an und Förderung von Projekten im extraktiven Sektor in den LAK-Staaten soziale und ökologische Standards eingehalten und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Anwohner gewahrt werden;

9. sich dafür einzusetzen, dass die Assoziationsabkommen zwischen der EU und den regionalen Integrationsbündnissen Mercosur, Andengemeinschaft und dem zentralamerikanischen Integrationssystem SICA erfolgreich abgeschlossen werden, um so zur regionalen Integration und damit zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Region und zur Konsolidierung der demokratischen Institutionen beizutragen;
10. dies durch die Gewährung eines verbesserten Marktzugangs für Mitglieder der lateinamerikanischen Bündnisse bei landwirtschaftlichen Produkten und den konsequenten Abbau von EU-Agrarsubventionen zu unterstützen, um das europäische Agrardumping zu beenden. Gleichzeitig muss auf die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards gedrängt werden;
11. regionale Konfliktlösungsmechanismen, wie die der Rio-Gruppe, verstärkt zu unterstützen und sich für eine Intensivierung des Dialogs zwischen der EU und der Rio-Gruppe einzusetzen;
12. sich bei der bilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit Konfliktregionen Lateinamerikas, insbesondere mit Kolumbien, zuvorderst für den Schutz der Menschenrechte und die Sicherheit von Menschenrechtsaktivisten und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft einzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass bei allen von der Bundesregierung und der EU finanzierten Entwicklungsprogrammen eine frühzeitige Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Betroffenen in der Projektplanung erfolgt und die Beachtung der Menschenrechte sichergestellt ist;
13. sich keinen Initiativen wie dem Plan Colombia anzuschließen, die zum Ziel haben, den Drogenanbau durch militärische und/oder umweltzerstörende Mittel einzudämmen, sondern die rechtsstaatliche Bekämpfung von Drogenproduktion und -handel zu unterstützen sowie Existenzalternativen für die betroffene Bevölkerung zu fördern;
14. die Kooperation in den Bereichen Hochschulen, Forschung und Technologie auszubauen.

Berlin, den 23. April 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Am 16. Mai 2008 findet in Lima/Peru das fünfte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik statt. Schwerpunkte des Gipfels werden die Themen „Armut/Soziale Kohärenz“ und „Nachhaltige Entwicklung: Umwelt, Klimawandel, Energie“ sein. Die LAK-Staaten und die EU arbeiten in internationalen Fragen der Umwelt-, Finanz-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik erfolgreich zusammen und sind dem Prinzip des Multilateralismus verpflichtet. Um dieses gemeinsame Fundament auch in Zukunft zu nutzen, müssen die Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten bzw. den verschiedenen subregionalen Integrationsbündnissen zu tragfähigen strategischen Partnerschaften ausgebaut werden.

Die LAK-Staaten unternehmen große Anstrengungen bei der Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit, die durch die neoliberalen Politiken der 1980er und 1990er Jahre angestiegen sind. Die Zahl der Armen in der Region ist trotz dieser Bemühungen noch immer hoch. Nach Angaben der Wirtschaftskommis-

sion für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (CEPAL) lag im Jahr 2006 der Anteil der Armen an der Bevölkerung Lateinamerikas bei 36,5 Prozent. In einigen Staaten Zentralamerikas lag der Anteil jedoch noch um 70 Prozent der Bevölkerung. Es besteht die Gefahr, dass das erste Millenniumsentwicklungsziel, die Halbierung der Zahl der in extremer Armut lebenden und hungernden Menschen, nicht erreicht wird. Die Verantwortung für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele liegt jedoch nicht allein bei den LAK-Staaten. Die deutsche und europäische Außen-, Entwicklungs-, Umwelt- und insbesondere die Handelspolitik müssen so ausgerichtet sein, dass sie eine nachhaltige Entwicklung der Region befördern und nicht behindern.

Sowohl bei der Vermeidung von Klimaschäden als auch bei der Anpassung an den Klimawandel kommt der Partnerschaft zwischen den beiden Regionen eine wichtige Rolle zu. Hierbei trägt die EU eine besondere Verantwortung. Denn das auf der Verbrennung fossiler Energieträger basierende Entwicklungsmodell der Industriestaaten hat den Klimawandel maßgeblich verursacht. Die LAK-Staaten hingegen sind von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Dies gilt sowohl für die karibischen Inselstaaten, die vom steigenden Meeresspiegel bedroht werden, als auch für die kontinentalen Staaten, die mit der Wüstenausweitung, einer Verstärkung von Wetterphänomenen wie El Niño und von Gletscherschmelzen konfrontiert sind.

Die Region verfügt sowohl über einen riesigen Schatz an Biodiversität als auch über große Reserven fossiler Energieträger. Trotz dieser Energievorräte kam es in der jüngeren Vergangenheit wiederholt zu Energieengpässen, so z. B. in Chile, Brasilien und Argentinien. Durch eine intensive und finanziell gut ausgestattete Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien, vor allem bei Solar- und Windkraft, kann den LAK-Staaten der Weg zur energiepolitischen Unabhängigkeit geebnet werden. Auch der Konflikt zwischen dem Umweltschutz und der Förderung fossiler Energien kann so vermieden und ein Beitrag zum Klimaschutz durch einen nachhaltigen Entwicklungsweg weg vom Öl geleistet werden. Hierbei bieten zunehmend auch Biokraftstoffe Entwicklungschancen für die Region. Bei Anbau und Produktion müssen jedoch soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden. Außerdem ist eine nationale Flächennutzungsplanung nötig, die verhindert, dass der Anbau von Energiepflanzen Pimärwälder zerstört oder auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion geht und die Ernährungssouveränität gefährdet.

Die Bundesregierung hat bei der Neuverhandlung des Atomvertrags mit Brasilien eine wichtige Chance vertan, die Weichen hin zu einer friedenssichernden und nachhaltigen Energiepolitik zu stellen.

Ein riesiges Potential zum Klima- und Biodiversitätsschutz liegt im Schutz der Tropenwälder. Deutschland und Brasilien haben durch das Pilotprogramm zur Bewahrung der tropischen Regenwälder Brasiliens (PPG7) wichtige Erfahrungen auf diesem Gebiet gewonnen. Diese gilt es für zukünftige Mechanismen zur Kompensation vermiedener Entwaldung zu berücksichtigen. Auch die Umsetzung des ecuadorianischen Angebots, Ölvorkommen im Boden zu lassen und so zum Schutz des Waldes und des Klimas beizutragen, kann eine wichtige Initialzündung für eine energiepolitische Wende sein, bei der zugunsten von Umwelt- und Klimaschutz bewusst auf die Förderung fossiler Energieträger verzichtet wird. Die Emissionen aus der weltweiten Zerstörung von Wäldern entsprechen den jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen der USA. Da die größten erhaltenen Tropenwaldgebiete in Lateinamerika liegen, kann eine Unterstützung von Schutzmaßnahmen durch Deutschland und die EU große klimapolitische Relevanz erlangen.

Der extraktive Sektor geht oft mit erheblichen und teils katastrophalen Belastungen für Mensch und Umwelt einher. Zu den zahlreichen Beispielen hierfür gehören der Goldbergbau und die Erdgasförderung in Peru. Hier kommt es

immer wieder zu Verletzungen der Rechte der in den Fördergebieten lebenden Bevölkerung, deren Gesundheit und Lebensgrundlage gefährdet werden. Der Finanzierung des Erdgasprojekts Camisea II durch die IFC hat die Bundesregierung im Exekutivdirektorium der IFC zugestimmt, obwohl es von Seiten der Betroffenen und von internationalen Experten erhebliche Widerstände gegen das Projekt gab. Grundlage für diese Bedenken waren vor allem die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen der ersten Projektphase (Camisea I), etwa die großen, unumkehrbaren Umweltschäden im Gebiet der Pipelines und die schweren sozialen Folgen für die indigene Bevölkerung Perus. Meint es die Bundesregierung ernst mit dem Schutz der Biodiversität und des Klimas, muss sie sich auch innerhalb der EU und der internationalen Finanzinstitutionen für die Etablierung und Einhaltung von strengen ökologischen Kriterien vehement einsetzen.

Im Hinblick auf den andauernden Bürgerkrieg in Kolumbien bleibt die nicht-militärische Bewältigung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte eine zentrale Herausforderung. Angesichts der drohenden Gefahr einer Regionalisierung des kolumbianischen Konflikts muss die EU in Hinblick auf die Wahrung des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte und der humanitären Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung entschieden tätig werden.

Beim Kampf gegen Drogenanbau und -produktion haben militärische Interventionen und die breitflächige chemische Zerstörung von Kokafeldern im Stile des Plans Colombia kaum Erfolge gebracht. Sie sind aufgrund der daraus folgenden Militarisierung aller Lebensbereiche sowie der gravierenden ökologischen Zerstörung abzulehnen.

Regionale Integrationsbündnisse und politische Foren wie die Rio-Gruppe spielen in Lateinamerika und der Karibik eine wichtige Rolle. Sie tragen wesentlich zu einer Festigung der Demokratien und zur Stabilisierung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen den LAK-Staaten bei. Deutlich wurde dies beim Konflikt zwischen Kolumbien, Ecuador und Venezuela im März 2008. Im Rahmen der Rio-Gruppe konnte eine friedliche Lösung gefunden werden, die noch kurz zuvor in der Organisation Amerikanischer Staaten nicht zustande gekommen war. Deutschland und die EU können daher durch eine verstärkte Unterstützung dieser Institutionen und Bündnisse einen Beitrag zu Frieden, Demokratie und Stabilität in der Region leisten.

Durch faire Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den regionalen Integrationsbündnissen Mercosur, Andengemeinschaft und SICA kann die EU einen signifikanten Beitrag zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität leisten und ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaftsmodell sowie die Konsolidierung der demokratischen Institutionen fördern. Hierbei ist zentral, dass Produkte aus Lateinamerika und der Karibik Zugang zu den Märkten der EU erhalten und die EU zudem ihr Agrardumping beendet. Außerdem dürfen die LAK-Staaten nicht unter einen überzogenen Liberalisierungsdruck gestellt werden, sondern müssen die Möglichkeit behalten, sensible Bereiche ihrer Wirtschaft vor übermächtiger Konkurrenz oder Dumpingfluten zu schützen. Hierfür sind auch Zugeständnisse der EU bei den WTO-Verhandlungen unabdingbar. Zugleich müssen bei der politischen und bei der wirtschaftlichen Partnerschaft zwischen den Regionen menschen- und arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards eine exponierte Rolle spielen.